



Konrad
Adenauer
Stiftung

Almanya Programm



Januar 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN

1. Ausländerrechte in Deutschland
2. Bildungspolitik
3. Islam in Deutschland und Europa
4. Integration und politische Partizipation
5. Deutsch-türkische Beziehungen

Impressum

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap Institut für interkulturelles Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Presse-
spiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgeru-
fen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern spiegeln Positionen von in
Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen.

1. Ausländerrechte in Deutschland

Im Januar behandelte die türkische Presse neben dem Visa- und Aufenthaltsrecht für türkische Staatsbürger in Deutschland auch das Optionsmodell der doppelten Staatsbürgerschaft in der Bundesrepublik

Besteuerung der in Deutschland lebenden Türken

Am 19.01 berichtet die **HÜRRIYET** unter dem Titel „Steuerschock für Türken in Europa“, dass in Deutschland lebende Türken ihre Einkünfte in der Türkei künftig melden müssen. Grund hierfür sei, dass die Bundesregierung keine neue Regelung eingeführt habe, um die doppelte Besteuerung in Deutschland lebender Türken zu verhindern. Diese Tatsache werde sich künftig vor allem zum Nachteil von Rentnerinnen und Rentnern als auch Empfängern von Sozialleistungen auswirken, so die Zeitung weiter.

Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Aufenthaltsrecht

Die **HÜRRIYET** befasst sich am 22.01. mit der Klage einer türkischstämmigen Frau aus Berlin. Nach einem Aufenthalt in Deutschland war die Klägerin mit ihrer Familie in die Türkei gezogen, kehrte allerdings für ein Studium wieder zurück. Das Land Berlin hatte ihr das Aufenthaltsrecht verwehrt, woraufhin sie ihr Recht beim Europäischen Gerichtshof einklagte. Dieser erklärte, dass den in Deutschland aufgewachsenen Türkischstämmigen die Rückkehr nach Deutschland erleichtert werden solle. Sie dürfe nach Deutschland zurückkehren, um hier zu arbeiten, entschied der Gerichtshof.

Staatsbürgerschaft: Kritik am Optionsmodell

Am 22.01. titelt die national-islamische **TÜRKIYE** mit dem Aufmacher „Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, einen Doppelpass zu bekommen“ und berichtet über die Kritik von Mehmet Kilic, dem migrationspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen. Kilic spreche sich gegen das sogenannte Optionsmodell aus, bei dem sich junge Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 18 und 23 Jahren zwischen der Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes und der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden müssen. Allerdings gelte diese Regelung nicht für Kinder, deren Eltern eine EU-Staatsbürgerschaft oder aber zwei verschiedene Nationalitäten besitzen. Kilic bewerte das Optionsmodell

daher als Diskriminierung, so die Zeitung. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt ein Bericht der **ZAMAN** vom 27.01. über das Optionsmodell und das zivilgesellschaftliche Echo, welches das Modell hervorgerufen hat. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Institutionen plädierten für die Abschaffung des Optionsmodells, um so auch den Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Entscheidungsdruck zu nehmen.

Sprachverpflichtung als Hindernis der Familienzusammenführung

Am 27.01. berichtet die **HÜRRIYET** über die Kritik am Zuwanderungsrecht in Deutschland von Canan Bayram, migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus in Berlin. Bayram habe vorgeschlagen, die Klausel, welche Sprachkenntnisse als verpflichtendes Kriterium der Familienzusammenführung voraussetzt, abzuschaffen, informiert die Zeitung. Grund für diesen Vorschlag sei, dass die Sprachpflicht für Ausgrenzung Sorge und ein Hindernis bei der Familienzusammenführung darstelle.

Gebührenpflichtige Visa für türkische Staatsangehörige

Zur Visumpflicht äußert sich die national-islamische **TÜRKIYE** am 12.01. mit dem Titel „Man nimmt den Türken ihre Rechte“. Dr. Harun Gümrükcü, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für Visafreiheit in Europa, kritisiere, dass türkische Staatsbürger ein Visum für die EU-Mitgliedstaaten benötigten. Auch sei es nicht tragbar, dass die entsprechenden Ausländerbehörden für die Ausstellung einer Aufenthaltserlaubnis Gebühren verlangten. Diese Auflagen seien nicht rechtmäßig und widersprächen den Regeln, die durch den EU-Beitrittsrat aufgestellt wurden, so Gümrükcü weiter. Am 21.01. ist die Visapflicht auch Thema in der **HÜRRIYET**. Berlin zeige sich weiterhin stur in der Visa-Frage und halte sich noch immer nicht an den Beschluss des Europäischen Gerichtshofes über die visafreie Einreise für Unternehmer, kritisiert die Zeitung. Abgesehen von dieser „Zu widerhandlung“ seien selbst diejenigen, die ein solches Visum hätten, noch immer mit zahlreichen Komplikationen konfrontiert. Am 25.01. greift die **ZAMAN** das Thema erneut auf und titelt „Die Visapflicht für Türken widerspricht Verträgen und Gerichtsentscheidungen“. Der Einwand, die Visumpflicht für Türken sei nicht rechtens, so die Zeitung, finde unter zahlreichen europäischen Experten, hierunter auch vielen deutschen, eindeutig Zuspruch.

2. Bildungspolitik

Im Januar galt das Interesse türkischer Zeitungen insbesondere der Einführung muttersprachlichen Unterrichts an deutschen Schulen.

Anerkennung ausländischer Diplome

Am 08.01. titelt die **ZAMAN** „Deutschland hat sein Versprechen nicht gehalten. Diplome werden noch immer nicht anerkannt“. Das Blatt bemängelt, dass das Versprechen, die Anerkennung von akademischen Abschlüssen bis Ende 2009 zu gewährleisten, nicht eingehalten wurde. Diplome von Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitgliedstaaten und Russlands würden hingegen bereits anerkannt, moniert die Zeitung. Türkischstämmige hätten nach wie vor große Probleme bei der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Diplome. Daher müssten viele Türkischstämmige beispielsweise als Taxifahrer arbeiten, obwohl sie Qualifikationen als Ingenieure oder Mediziner hätten. Am 14.01. berichtet die **ZAMAN** erneut zum Thema: laut einer offiziellen Erklärung der Bundesregierung solle noch in diesem Jahr ein Gesetz zur Regelung der Anerkennung ausländischer Diplome entwickelt werden.

Hamburger Bildungsreform hat positive Auswirkungen

Die **MILLIYET** (11.01.) titelt „Unterstützung für die Bildungsreform“ und berichtet über die Akzeptanz der neuen Bildungsreform in Hamburg. Die Bildungsreform erfahre vor allem von Seiten Türkischstämmiger große Unterstützung, meldet die **HÜRRIYET** am selben Tag. Die Reform sehe die Verlängerung der Grundschulzeit von bislang vier auf künftig sechs Jahre vor. Dies sei vor allem für Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte vorteilhaft, da hierdurch die Schülerschaft länger gemeinsam unterrichtet würde. Eine weitere wichtige Änderung zeichne sich durch ein Unterrichtsangebot zum Erlernen der Muttersprache ab: mit Inkrafttreten der Reform ab August 2010 werde es möglich sein, ab der fünften bzw. sechsten Klasse eine zweite Fremdsprache zu erlernen. Auch Türkisch werde künftig in diesem Rahmen akzeptiert werden. Dies sei besonders erfreulich, da entsprechende Angebote für Kinder mit spanischer oder englischer Muttersprache längst vorhanden seien. Im Falle des Türkischen hingegen sei bislang immer der Vorwand genutzt worden, dass muttersprachlicher Unterricht die Kinder daran hindere, die deutsche Sprache zu erlernen.

Nordrhein-Westfalen: Türkisch als zweite Fremdsprache

Die **ZAMAN** titelt am 12.01.: „Türkisch wird in Deutschland als zweite Fremdsprache angeboten“. Es werde endlich der Tatsache Rechnung getragen, dass Türkisch nach der deutschen Sprache die in Deutschland am zweithäufigsten gesprochene Sprache sei, berichtet die Zeitung. Es sei daher eine große Errungenschaft, dass Türkisch nun an Schulen als zweite Fremdsprache angeboten werde. Neben dem Türkischen würden künftig auch noch weitere Muttersprachen als zweite Fremdsprache an Schulen eingeführt, meldet die Zeitung weiter. Am 13.01. ist das Thema „Türkisch als zweite Fremdsprache“ nahezu in allen türkischen Zeitungen vertreten. So titelt beispielsweise die **SABAH** „Der Türkischunterricht breitet sich aus“, während die **MILLIYET** den „Sieg des Türkischen in Deutschland“ feiert. Am 22.01. titelt die **ZAMAN** „Einsturz der Vorurteile: Mehr Migranten für den Lehrerberuf“. Die Zeitung informiert, dass Türkisch an nordrhein-westfälischen Schulen bereits als zweite Fremdsprache anerkannt und angeboten werde. In diesem Zusammenhang habe das Land nun mit der Vorbereitung einer Lehrerausbildung zur Erteilung dieses türkischsprachigen Unterrichts begonnen.

3. Islam in Deutschland und Europa

Positiv bewertet wurden im Januar die Einführung des Islamunterrichts in Hessen und die finanzielle Unterstützung des Moscheebaus in Neustadt bei Coburg.

Niedersachsen: Kritik an Ausweiskontrollen vor Moscheen

Auch in diesem Monat waren die Ausweiskontrollen vor Moscheen in Niedersachsen Thema in der türkischen Presse. Am 05.01. zitiert die liberal-islamische **ZAMAN** folgende Aussage von Filiz Polat, niedersächsische Landtagsabgeordnete der Grünen: „Wir verfolgen die Ausweiskrise“. Polat kritisiere, dass diese Kontrollpraktiken erniedrigend seien und zudem einen Verstoß sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen die Menschenrechte darstellten. Wenn in Kürze keine Lösung herbeigeführt würde, seien muslimische Verbände bereit, vor das Bundesverfassungsgericht zu treten, so Polat weiter.

Etablierung des Islamunterrichts in Hessen wird vorangetrieben

Die konservative **SABAH** meldet am 14.01.: „Hessen ist sich beim Thema Islamunterricht sicher“. Zu klären sei vor allem noch die dringliche Frage, wer den Lehrauftrag an den Schulen übernehmen werde. Hier herrsche zwischen den verschiedenen religiösen und kulturellen Vereinen und Organisationen noch Unstimmigkeit. Der hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn zeige sich jedoch zuversichtlich, dass es beim Thema Islamunterricht an hessischen Schulen im Februar zu vorzeigbaren Ergebnissen kommen werde, so die Zeitung weiter

Treffen des bayrischen Integrationsrats: DITIB wurde nicht eingeladen

Am 20.01. berichtet die **HÜRRIYET** auf ihrer Titelseite über das erste Treffen des neugegründeten Integrationsrats in Bayern. Dieses Treffen sei von einem großen Fauxpas überschattet worden, da etwa 50 Vereine und Institutionen eingeladen waren, jedoch nicht die DITIB, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion. Der Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer habe erklärt, dass die DITIB versehentlich vergessen worden sei, beim nächsten Mal jedoch berücksichtigt würde. Einen Tag später berichtet auch die liberale **MILLIYET** über das Vorkommnis. Außer der DITIB sei die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) ebenfalls nicht eingeladen worden. Hierzu habe Neumeyer erklärt, sie sei bewusst nicht eingeladen worden, so die Zeitung weiter.

Islam in den Medien: Unterscheidung zwischen Muslimen und Terroristen

Die **ZAMAN** das Thema Terrorismus am 13.01. aus muslimischer Perspektive. Im Bezug auf die Rückwirkungen, welche Terroranschläge auf in Europa lebende Muslime haben, titelt das Blatt „Der Terror trifft europäische Muslime doppelt so stark“. So kritisierten vor allem Vertreter muslimischer Einrichtungen, dass europäische Medien kaum mehr einen Unterschied zwischen Muslimen und Terroristen machten. Die Organisationen riefen alle Muslime dazu auf, den Islam möglichst gut in der Gesellschaft zu repräsentieren.

Stadt unterstützt Moscheebau in Neustadt bei Coburg

Am 20.01. berichtet die **SABAH** über den Bau einer Moschee in Neustadt. In Zeiten, in denen die Schweiz die Errichtung von Minaretten verbiete, sähe das

Bild in Deutschland ganz anders aus, so die Zeitung. Die Stadtverwaltung übernehme zehn Prozent der Baukosten, was die Errichtung des Dachs als auch des Minaretts der neuen Moschee ermögliche, verkündet das Blatt.

Erstmals steht weibliche Vorsitzende einer DITIB-Moscheegemeinde vor
Die **SABAH** titelt am 26.01.: „Weibliche Vorsitzende für Moscheevereinigung“. Die Zeitung schreibt, dass Gülay Kahraman zur Vorsitzenden der Fatih-Moschee in Meschede gewählt wurde. Dies sei insofern ein besonderes Vorkommnis, als dass zum ersten Mal eine Frau den Posten des Vorsitzes einer DITIB-Moschee besetze, so die Zeitung weiter.

Zentralrat der Muslime in Deutschland verurteilt Anschlagversuch auf dänische Mohammed-Karikaturisten

Am 06.01. berichten **SABAH** und **ZAMAN** über eine Stellungnahme von Ayyub Axel Köhler, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime, zum fehlgeschlagenen Anschlag auf den dänischen Karikaturisten Kurt Westergaard. Köhler verurteile das versuchte Attentat und erklärte gleichzeitig, dass eine solche kriminelle Handlung niemals eine religiöse Legitimation habe. Derartige Vorkommnisse schürten vor allem die Islamophobie in der Gesellschaft, so Köhler weiter. Gerade der Politik käme die wichtige Funktion zu, Ängste gegenüber dem Islam nicht für individuelle, wahlpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Andernfalls drohe eine gravierende Spaltung der Gesellschaft, so Köhler weiter.

4. Integration und politische Partizipation

Aufgegriffen wurde im Januar insbesondere das Thema der politischen Partizipation von türkischstämmigen Migranten in Politik und Verwaltung.

Mehr Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst gefordert

Am 15.01. berichtet die **SABAH** über Äußerungen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer. Sie habe gefordert, dass sich die Merkmale in der Bevölkerungsstruktur auch in der Beschäftigungsstruktur des Öffentlichen Dienstes widerspiegeln sollen. Jeder Fünfte in Deutschland

habe Migrationshintergrund und daher solle auch jeder Fünfte im Öffentlichen Dienst Migrationshintergrund haben. Die Integrationsbeauftragte fordere daher die Einführung einer Migrantenquote, so die Zeitung weiter.

NRW-SPD stellt türkischstämmige Kandidaten für die Landtagswahl

Die **HÜRRIYET** (19.01.) berichtet über Hannelore Kraft, SPD-Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen. Ihr Ziel sei, für die im Mai 2010 anstehende Landtagswahl zwei Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Landtag zu haben, berichtet die Zeitung. Bislang habe es in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland in dem etwa eine Million Türkischstämmige leben, noch keinen türkischstämmigen Landtagsabgeordneten gegeben. Um dies zu ändern, habe Kraft nun mit Serdar Yüksel, Nuri Ayaz, Ibrahim Yetin und Tayfun Keltek vier Türkischstämmige in die Landesliste der SPD aufgenommen, so die Zeitung weiter.

Mehr Türkischstämmige sollen sich in deutschen Parteien engagieren

Die konservative **HÜRRIYET** behandelt am 15.01. die parteipolitische Offenheit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund bei der CDU. Die Zeitung bezieht sich hierbei auf die „Berliner Erklärung“ der Christdemokraten. Die CDU plane, ihre Türen für Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bislang zu öffnen. Es sei unbedingt notwendig, bereits in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund und Neulinge für die Partei zu gewinnen. Dies sei die wichtigste Voraussetzung für eine gelungene Kooperation heiße es weiter in der Erklärung. Eine ähnliche Öffnung meldet auch die **TÜRKIYE** am 25.01. über die SPD. Das SPD Generalsekretariat habe angemerkt, dass die Türen der SPD für Türkischstämmige offen stehen, informiert das Blatt.

5. Deutsch-türkische Beziehungen

Nahezu alle türkischen Zeitungen berichteten im Januar über den Besuch von Bundesaußenminister Guido Westerwelle in der Türkei. Das Presseecho über Westerwelles befürwortende Haltung zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU war insgesamt recht positiv.

Türkeibesuch von Guido Westerwelle

Am 05.01. berichtet die liberal-islamische **ZAMAN** unter dem Titel „Westerwelle kommt in die Türkei“ über den anstehenden Türkeibesuch des Bundesaußenministers. Es werde erwartet, dass er zu Gesprächen mit Staatspräsident Abdullah Gül und Ministerpräsident Erdoğan zusammenkommen werde. Als Gegenstand der Gespräche seien unter anderem die Wirtschaftsbeziehungen der Länder zu erwarten, so die Zeitung weiter.

Am selben Tag berichtet die konservative **SABAH** über die Haltung der CSU zum EU-Beitritt der Türkei. Da nach Meinung der CSU ein Beitritt der Türkei nicht in Frage komme, werde die Partei bald das Ende der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fordern. Die Partei fände das Konzept einer privilegierten Partnerschaft für die Türkei attraktiver als eine Vollmitgliedschaft, berichtet die Zeitung weiter. Die FDP hingegen lege eine andere Haltung an den Tag: Am 08.01. berichtet die **ZAMAN** unter dem Titel „Wir halten unser Versprechen!“ über Westerwelles Haltung zum EU-Beitritt der Türkei. Zum Thema einer privilegierten Partnerschaft, nach Vorstellung der CDU, habe sich der Bundesaußenminister wie folgt geäußert: „Ich stehe hier als Regierungspartner und deutscher Außenminister vor Ihnen. Was ich Ihnen sage, ist gültig!“. Unter dem Titel „Historische Erklärung in Ankara“ berichtet die **HÜRRIYET**, dass die FDP ihre Unterstützung zum EU-Beitritt der Türkei zugesagt habe. Ähnlich titelte am selben Tag die **MILLIYET**: „Warmherzige Botschaften von Westerwelle“.

Sarrazin soll aus der SPD ausgeschlossen werden

Am 12.01. greift die **SABAH** die Debatte um die umstrittenen Äußerungen Thilo Sarrazins, Vorstandsmitglied der Bundesbank, erneut auf. Sarrazin hatte sich öffentlich abwertend gegenüber türkisch- und arabischstämmigen Menschen geäußert. Aufgrund dessen fordere die Berliner SPD nun Sarrazins Ausschluss aus

der SPD, da seine Aussagen mit der Parteilinie unvereinbar seien, so die Zeitung weiter.